03/26

südseite

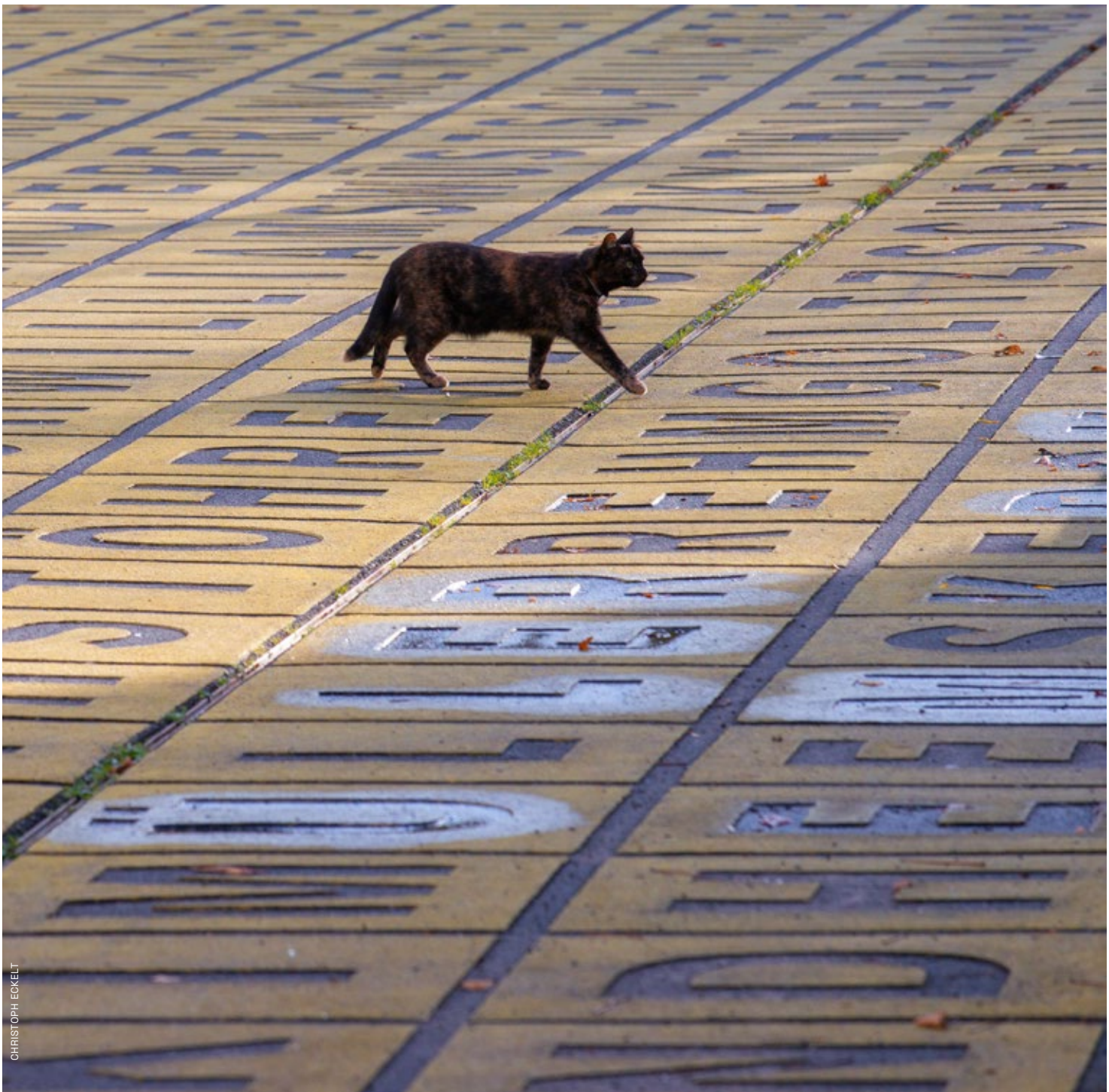
Sanierungszeitung für die Südliche Friedrichstadt | Semt yenileme gazetesi | صحيفة اصلاح وتأهيل المنطقة

Seite 4 – Besselpark: Ersatzpflanzungen im kommenden Jahr

Seite 5 – Parkplatzprobleme und Schilderwald rund um den Mehringplatz

Seite 6/7/11/12 – Schwerpunkt Wohnungsnot: Ein weltweites Problem

Seite 10 – Am 25. November gibt es wieder den Wintermuckel am Mehringplatz!



CHRISTOPH ECKELT



CHRISTOPH ECKELT

Kältehilfe hat begonnen

Ab Oktober beginnt in diesen Breiten die kalte Jahreszeit, in der vor allem nachts die Temperaturen gegen Null sinken können. Damit steigt ab Oktober auch regelmäßig die Zahl der wohnungslosen Menschen, die Schutz vor der Kälte in U-Bahnhöfen oder Treppenhäusern suchen. Aus diesem Grund beginnt die Saison der Kältehilfe regelmäßig am 1. Oktober. In Friedrichshain-Kreuzberg stehen obdachlosen Menschen ganzjährige Notübernachtungen sowie zusätzliche saisonale Angebote der Kältehilfe zur Verfügung. In dieser Wintersaison umfasst das Angebot bis zu 373 Plätze in Notübernachtungen und Nachtcafés. Doch auch Bürgerinnen und Bürger können obdachlose Menschen in der kalten Jahreszeit unterstützen.
Wer einen Menschen ungeschützt im Freien antrifft, sollte die Person ansprechen und fragen, ob Unterstützung gewünscht ist. Das Kältehilfetelefon informiert täglich von Oktober bis April zwischen 19 und 23 Uhr unter (030) 34 39 71 40 über die Angebote der Berliner Kältehilfe. Bei akuter gesundheitlicher Gefahr oder wenn eine Person hilflos oder nicht ansprechbar ist, sollte der Rettungsdienst unter 112 verständigt werden.
Berlinweite Informationen zu Angeboten und freien Plätzen gibt es unter www.kaeltehilfe-berlin.de

Aus dem Sanierungsbeirat

Die wichtigsten Themen der letzten Sanierungsbeiratssitzung am 23. September waren:

- Nachpflanzungen im Besselpark
- mangelnde Pflege auf dem Mehringplatz
- längerfristige Sicherung der Bürgerbeteiligung durch eine Bürgervertretung
- Parkplatzsituation im Gebiet

Die nächste Sitzung des Sanierungsbeirats findet am 25. November um 18:00 Uhr im AGB-PopUp am Blücherplatz (Gruppenraum 1-2) statt.
Die Termine und Protokolle der Sitzungen finden Sie unter www.sanierung-suedliche-friedrichstadt.de

Offene Mieterberatung des Bezirksamtes

Dienstags 15:00–17:00 Uhr
Kiezstube, Mehringplatz 7, 10969 Berlin
(mit anwaltlicher Beratung, keine Anmeldung erforderlich)

Weitere Informationen unter:
www.asum-berlin.de/mieterberatung

»Südseite« im Internet

Die »Südseite« findet man auch im Internet mit sämtlichen bisher erschienenen Ausgaben als PDF: unter www.sanierung-suedliche-friedrichstadt.de/links-und-downloads/sanierungszeitung-suedseite/

Inhalt

3	Einweihung des Wandbilds / Wie hätten junge Menschen unter 16 Jahren im Bezirk gewählt?
4	Stand der Bauarbeiten am F1-3 / Aktuelles
5	Zur aktuellen Parkplatzsituation rund um den Mehringplatz
6/7	Schwerpunkt Wohnraum
8	Bezirk hat zu wenig Personal und Geld
9	Blücherplatz heißt jetzt Eva-Mamlok-Platz / B-Plan für Dragonerareal
10	Veranstaltungen / Termine
11	Eddi und die geteilten Zimmer
12	Das Letzte: Wie lange nehmen wir die Wohnungsmisere noch hin?

Impressum

Südseite 03/2026, 12. Jahrgang
Erscheinungstermin November 2026

Herausgeberin: Stadtkontor Gesellschaft für behutsame Stadterneuerung mbH, Schornsteinfegergasse 13, 14482 Potsdam, Tel.: 0331 / 74 35 70
Mail/ Web: sfs@stadtkontor.de, www.stadtkontor.de
V.i.S.d.P.: Uwe Hackmann
im Auftrag des Bezirksamts Friedrichshain-Kreuzberg von Berlin, www.sanierung-suedliche-friedrichstadt.de

Redaktion: Christof Schaffelder, Ulrike Steglich
Redaktionsanschrift: Südseite c/o U. Steglich, Elisabethkirchstr. 21, 10115 Berlin, Tel. 030-283 31 27
redaktion-suedseite@gmx.de

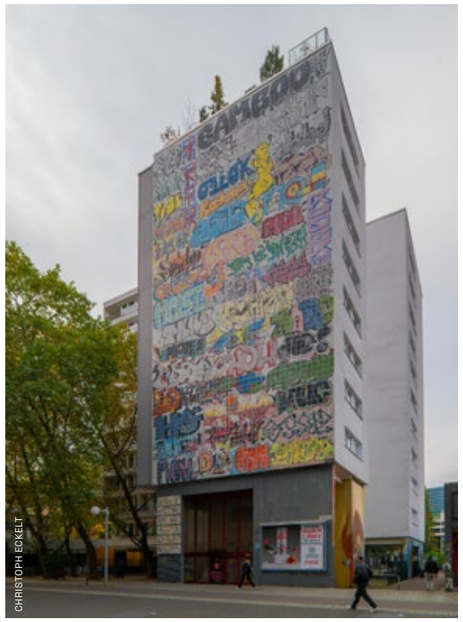
Fotoredaktion: Christoph Eckelt, eckelt@bildmitte.de

Entwurf & Gestaltung: Kai Dieterich, www.morgen-berlin.com

Druck: dieUmweltDruckerei GmbH

Wandkunstwerk an der Friedrichstraße 245A eingeweiht

HOWOGE plant Auffrischung der Luftgeschossgestaltung am Mehringplatz bis 2028


CHRISTOPH ECKELT

Manche mögen es, manche nicht. Sicher ist aber, dass das neue Fassadenmosaik an der Friedrichstraße 245A auffällt: Das flächendeckende Kunstwerk mit dem Titel »Vandalism – a Social Sculpture« erstreckt sich über die gesamte Höhe der Wand und ist in aufwändiger Arbeit als Gemeinschaftswerk vieler entstanden.

Der in Kreuzberg lebende Künstler Brad Downey hat die Graffitis lokaler Street-Art-Künstler und Jugendlicher in ein großes Mosaik aus tausenden Fliesen verwandelt. Die Idee dafür entwickelte er im Rahmen eines künstlerischen Wettbewerbs, den die Berliner Stiftung Stadtkultur ausgelobt hatte. Die Stiftung geht auf eine Initiative der Wohnungsbaugesellschaft HOWOGE zurück, der u.a. auch das Wohnhaus Friedrichstraße 245A gehört.
Die Aktion startete an einem Wochenende im Mai 2025, als mehr als 50 lokale Berliner Street-Art-Künstler und Jugendliche aus dem Quartier ihre Beiträge an die 330 Quadratmeter große Wand sprühten. Diese wurden anschließend in einem aufwändigen Prozess händisch auf Mosaikfliesen übertragen, die dann wiederum auf die Wand aufgebracht wurden.
Das großflächige Mosaik verbindet zwei Aspekte: Zum einen ist es eine Hommage an (echte) Graffiti und Murals (Wandgemälde) als Kunst, die den Kiez um den Mehringplatz ganz besonders prägt. Zum anderen knüpft die Auftraggeberin HOWOGE, die Ostberliner Wurzeln hat, damit auch an eine Ostberliner Tradition der Kunst im Stadtraum an, wo großflächige Mosaike und Malereien insbesondere an Gebäuden der Moderne zur Stadtkultur gehörten.

Die offizielle Einweihung des Kunstwerks wurde in diesem Sommer im Rahmen des »Kultursommers am Mehringplatz« am 2. Juli groß gefeiert, begleitet von einem umfangreichen Rahmenprogramm mit Podiumsgesprächen, Musik, einem Tanzangebot des HAU und einem Mosaik-Workshop, der auf großen Zuspruch stieß.
Außerdem gab es an diesem Tag auch eine Staffelstab-Übergabe: Denn die HOWOGE will sich nun auch der Graffiti-Kunstwerke in ihren Gebäudebeständen am Mehringplatz annehmen: Viele von ihnen, insbesondere die in den Luftgeschossen in der Wilhelmstraße 2-6, sind bereits 1998 entstanden und brauchen nun nach fast drei Jahrzehnten eine Restaurierung.
Darum will die HOWOGE jetzt bis zum Jahr 2028, also zum 30-jährigen Jubiläum der Werke, diese Kunstwerke in Kooperation mit der Agentur GRACO Berlin auffrischen und die Luftgeschossbereiche künstlerisch neugestalten. *us*

Auch Kinder und Jugendliche durften abstimmen

Die Ergebnisse der U16-Wahl ähneln denen der Wahl der Erwachsenen

Auch aus den U16-Wahlen, die zwischen dem 7. und dem 11. September 2026 (also zwei Wochen vor der Wahl) in rund 300 Berliner Schulen und Jugendeinrichtungen stattfanden, gingen die Linken als klare Sieger hervor.

Sie bekamen in ganz Berlin 32,8% der Stimmen (bei den Erwachsenen waren es später 25,7%), ihnen folgten die Grünen mit 20,9% (14,3%), die SPD mit 11,9% (12,1) und die CDU mit 8,3% (18,8%). Die AfD landete bei den teilnehmenden Kindern und Jugendlichen mit 5,5% (16,3%) nur auf dem sechsten Rang – noch hinter der Tierschutzpartei.
Knapp 40.000 Kinder und Jugendliche unter 16 Jahren hatten sich in ganz Berlin an der Abstimmung beteiligt. Im Gebiet um den Mehringplatz fand sie im Jugendclub KMAntenne (Friedrichstraße 2–3) statt. Wählen durften alle unter 16 Jahren, unabhängig von der Staatsbürgerschaft und ohne Altersbeschränkung nach unten.
Auch für die BVV Friedrichshain-Kreuzberg konnten Stimmen abgegeben werden. An dieser Abstimmung beteiligten sich knapp 3000 Kinder und Jugendliche. Klarer Spitzenreiter waren auch hier mit 47,5% die Linken (zum Vergleich das Ergebnis der »echten« BVV-Wahl: 40,1%), gefolgt von den Grünen mit 18,8% (25,2%) und, etwas abgeschlagen, der SPD mit 6,5% (8,8%). Die CDU landete bei den Kindern aus X-hain mit nur 2,6 % (7,7%) weit hinten nur auf dem achten Rang. Die Fünfprozent-Hürde schaffte mit 5,8% ansonsten nur noch die Tierschutzpartei (1,5%).
Die Ergebnisse sind nicht repräsentativ, geben aber Hinweise auf die Stimmung unter Kindern und Jugendlichen. Die U16/U18-Wahlen gibt es seit mittlerweile 30 Jahren. Bei der letzten U18-Wahl zur Bundestagswahl 2025 hatten in Berlin 32.497 junge Menschen teilgenommen, dieses Mal waren es mit 39.374 deutlich mehr. Und das, obwohl die obere Altersgrenze nur noch bei 16 Jahren lag – denn das Mindestalter für die Teilnahme an der regulären Wahl wurde inzwischen in Berlin auf 16 Jahre abgesenkt.
Koordiniert wurde die U16 vom Landeskompetenzzentrum für Beteiligung und Demokratiebildung in der Kinder- und Jugendhilfe. Bundesweit koordiniert der Deutsche Bundesjugendring die U16/U18-Wahlen. *cs*

Ende der Arbeiten an der Friedrichstraße 1–3 in Sicht

Die Instandsetzungsmaßnahmen zur Aufrechterhaltung der Nutzung in der Friedrichstraße 1–3 sind laut Auskünften des Bezirksamts weitgehend abgeschlossen.
Allerdings werden der Einbau einer Tür wegen dafür notwendiger Arbeiten am Mauerwerk sowie die Fertigstellung der Außentreppe aus dem Untergeschoss, die als zweiter Rettungsweg dient, noch mindestens bis Anfang Dezember dauern. Die Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Nutzung erfolgen weitgehend im laufenden Betrieb. Bis zur Fertigstellung der Kelleraußentreppe ist eine Nutzung des Untergeschosses aufgrund des noch fehlenden zweiten Rettungsweges jedoch nicht möglich. Bis Ende November wird außerdem der Schimmel im 1. Obergeschoss der Friedrichstraße 1 beseitigt. Im selben Gebäude werden weiterhin komplexe Dachreparaturarbeiten durchgeführt, mit der Fertigstellung ist nach Angaben des Bezirksamts voraussichtlich erst im Frühjahr 2027 zu rechnen. Um die Dachentwässerung bis zum Abschluss der Arbeiten sicherzustellen, werden derzeit provisorische Lösungen umgesetzt.
Die derzeitigen Bauarbeiten in der Friedrichstraße 1–3 sind aber nur ein Notbehelf, um die Weiterführung der derzeitigen Nutzungen zu ermöglichen, und ersetzen keine umfassende Sanierung. Eine Komplettsanierung ist nach der Finanzplanung des noch amtierenden Senats frühestens ab 2031 vorgesehen. Der Bezirk hat vorsorglich schon jetzt die Planungsleistungen für die umfassende Sanierung ausgeschrieben, denn noch können diese aus Fördermitteln für das Sanierungsgebiet finanziert werden. Derzeit wird dieser Auftrag an ein Planungsbüro vergeben.



CHRISTOPH ECKELT

Besselpark: Weitere Kastanien erkrankt

Ersatzpflanzungen im kommenden Jahr aus Sanierungsmitteln finanziert

Im Juni dieses Jahres mussten 25 rotblühende Kastanien im Besselpark gefällt werden, weil sie durch einen Bakterienbefall schwer geschädigt waren und daher nicht mehr als verkehrssicher eingestuft wurden (wir berichteten in unserer letzten Ausgabe). Doch der Befall weiterer Bäume konnte dadurch offenbar nicht gestoppt werden: Das Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg bestätigte auf unsere Anfrage hin den Verdacht, dass noch mehr Kastanien erkrankt sind. Ob dies zu weiteren Fällungen führt, werde im Rahmen der jährlichen Regelkontrolle festgelegt. 88 Bäume dieser Art stehen noch im Besselpark, sie sind Teil der ursprünglichen, 1990 angelegten Parkanlage und damit über 30 Jahre alt.
Aus Sanierungsmitteln sollen im kommenden Herbst Ersatzpflanzungen für die im Juni gefällten Bäume finanziert werden. Welche Baumarten gepflanzt werden, ist noch nicht entschieden. Fest steht aber schon, dass es keine Kastanien sein sollen und dass unterschiedliche Baumarten gepflanzt werden. Pro Baum kalkuliert man dabei mit Kosten von etwa 10.000 Euro. Denn damit die neuen Bäume gut anwachsen, müssen jeweils viele Kubikmeter Erdreich ausgetauscht werden. Dazu kommen dann auch noch Kosten für die Entwicklungspflege, die in den ersten Jahren von Fachfirmen ausgeführt wird.
Werden weitere Fällungen erforderlich, können zusätzliche Neupflanzungen aber vermutlich nicht mehr aus Sanierungsmitteln finanziert werden. Das Sanierungsgebiet Südliche Friedrichstadt endet nämlich im kommenden Jahr und auch das Förderprogramm läuft aus. Der Bezirk wird sich also nach alternativen Finanzierungen umschauen müssen. *cs*

Mehr Blüh- und Gehölzflächen im Bezirk

Mit neuen Blühflächen und der Erweiterung bestehender Gehölzflächen will der Bezirk zu mehr Artenvielfalt und einer klimaangepassten Gestaltung der Quartiere beitragen. Die Umwandlung von sogenanntem »Straßenbegleitgrün« in Blühwiesen schafft außerdem neue Lebensräume für Insekten.
Bei drei neuen Blühwiesen im Bezirk, eine davon am Mehringdamm, kommen vielfältige und lange blühende Saatgutmischungen zum Einsatz.
Am Mehringdamm sind die Arbeiten bereits abgeschlossen: Zwischen dem nördlichen Mehringdamm und der Blücherstraße wurden rund 1.400 qm Blühwiesen geschaffen. Weil die Flächen an stark befahrenen Straßen liegen, wurde auf salzverträgliches Saatgut geachtet. Vor der Aussaat wurde der Untergrund vorbereitet und teilweise von alten Bauabfällen befreit. Auch bestehende Gehölzflächen werden erweitert und ergänzt. In mehreren Grünanlagen entstehen zusätzliche Flächen mit Sträuchern. Die zusätzlichen Pflanzungen erfolgen u.a. im Mendelssohn-Bartholdy-Park und an der Baerwaldpromenade. Zum Einsatz kommen größtenteils heimische Pflanzen, die auch mit schwierigen klimatischen Bedingungen zurechtkommen. Die erweiterten Gehölzstrukturen bieten Vögeln bessere Nahrungs- und Nistmöglichkeiten und schaffen zusätzliche Lebensräume für Insekten und andere Tiere.
Die Maßnahmen werden durch Fördermittel der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) aus dem Programm »Natürlicher Klimaschutz in Kommunen« finanziert.

Parkraumbewirtschaftung in Kreuzberg

Drei neue Zonen in der Südlichen Friedrichstadt

Seit dem ersten August ist das Gebiet zwischen Wilhelm- und Lindenstraße offiziell als Zone 69 der Parkraumbewirtschaftung von Friedrichshain-Kreuzberg ausgewiesen. Schon seit dem ersten Juni bildet das östlich benachbarte Alexandrinenviertel bis zur Prinzenstraße die Zone 68. Am ersten Oktober wurde schließlich auch die Zone 58 um den Askanischen Platz ausgewiesen, die westlich der Wilhelmstraße zur Köthener Straße reicht.

Die Regelungen der Parkraumbewirtschaftung sind montags bis samstags zwischen 9 und 22 Uhr in Kraft. Wer keine (Anwohner-)Parkvignette der jeweiligen Zone hat, muss dann auf öffentlichem Straßenland Parkgebühren entrichten. In den Zonen 69 (Mehringplatz) und 58 (Askanischer Platz) werden jeweils vier Euro pro Stunde fällig, im Gebiet 69 (Alexandrinenviertel) 3 Euro/Stunde. Die Höhe der Gebühren ist laut Verordnung des Landes Berlin in drei mögliche Kategorien eingeteilt. Der Bezirk gruppiert die Parkzonen dann jeweils in eine von drei Kategorien ein. Da in den Gebieten Mehringplatz und Askanischer Platz nicht nur viele Menschen wohnen, sondern auch sehr viele arbeiten, ist der Parkdruck hier besonders hoch. Deshalb gilt hier die höchste Tarifstufe.
Die Einnahmen aus der Parkraumbewirtschaftung fließen der Bezirkskasse zu, die aber auch die Ausgaben für die Einrichtung, die Automaten und die Kontrolle tragen muss. Die Gebühren der Anwohnenden von nur 20,40 Euro für zwei Jahre decken diese Kosten bei weitem nicht. Vignetten für Anwohnende sind beim Bezirksamt erhältlich, das auf seiner Website auch ausführlich zur Parkraumbewirtschaftung informiert. Im größten Teil Friedrichshain-Kreuzbergs sind Zonen der Parkraumbewirtschaftung bereits eingerichtet. Die letzten fünf kommen 2027 an die Reihe, dazu gehören dann auch die Gebiete um die Blücherstraße (Zone 62) und das Rathaus Yorckstraße (Zone 59). *cs*



CHRISTOPH ECKELT

Notwendig wäre ein Parkraumkonzept

Für die Parkraumbewirtschaftung verschwinden auch etliche Parkplätze

Nicht wenige Anwohnerinnen und Anwohner, insbesondere die, deren Mobilität eingeschränkt ist, sind auf ein Auto angewiesen. Und eigentlich soll die Einrichtung von Parkzonen auch dazu beitragen, dass Gebietsbewohner leichter einen Parkplatz finden, weil Gebietsbesucher und hier Arbeitende angesichts der Parkgebühren dann häufiger auf den ÖPNV umsteigen. Die Anwohnervignetten kosten hingegen bislang nur 20,40 Euro für zwei Jahre.

Dennoch ärgern sich derzeit viele im Gebiet über die neue Parkplatzsituation. Dabei wird weniger die Parkraumbewirtschaftung selbst kritisiert – vielmehr stört viele Anwohnerinnen und Anwohner, dass nach der Einrichtung der neuen Zonen viele Parkplätze plötzlich nur noch zeitlich eingeschränkt nutzbar sind. Im Moment, so schreibt uns eine Anwohnerin aus der Lindenstraße, gebe es in der Friedrichstraße fast gar keine Parkplätze mehr „für Anwohner*innen, die nicht morgens um 6:00 Uhr wegfahren.“ Zudem sorgen ein unübersichtlicher Schilderwald, die hohe Zahl der Ladebereiche und Halteverbote insbesondere in der südlichen Friedrichstraße und deren sehr unterschiedliche zeitliche Einschränkungen für Ärger. Sogar vor dem geschlossenen Edeka, der abgerissen werden soll, seien gesonderte Ladebereiche eingerichtet, in denen zwischen Montag und Samstag von 6 Uhr bis 22 Uhr Park- und Halteverbot herrscht.
Aber auch die Lieferanten und Lieferdienste, so schreibt die Anwohnerin, profitierten davon nicht. Die neuen Ladebereiche seien nämlich zumeist mindestens teilweise zugeparkt und daher von großen LKW gar nicht zu nutzen. Diese halten daher wie früher meist in der zweiten Reihe.
Die Leserin schlägt vor, darauf hinzuarbeiten, dass private Parkplätze im Gebiet von Anwohnenden einfacher angemietet werden können, und nennt als Beispiel den niemals ausgelasteten Parkplatz der Ärztekammer zwischen der ETA-Hoffmann-Promenade und der W. Michael Blumenthal Akademie des Jüdischen Museums. Inzwischen hat sie sogar erreicht, dass auf diesem Parkplatz auch privat Parkplätze angemietet werden können. Eine riesige Tiefgarage befindet sich zudem unter der Wohnanlage der Gewobag zwischen Friedrichstraße und Lindenstraße, in der seit einem Brand im Sommer 2024 keine Parkplätze mehr vermietet werden.
Der Bezirk verfügt, wie diese Zeitung bereits vor einiger Zeit von Bezirksstadtrat Florian Schmidt erfuhr, nicht über Informationen zu privaten Stellflächen in den unterschiedlichen Stadtquartieren, entsprechende Daten werden nirgendwo gesammelt. Sinnvolle Parkraumkonzepte für einzelne Quartiere können also gar nicht erstellt werden. *cs/us*

Wohnungsnot: Ein Dilemma

Mietenexplosion und der über Jahrzehnte vernachlässigter soziale Wohnungsbau werden in vielen Städten zum Problem Nr. 1



Seit Jahren wird das Problem immer größer und dringlicher: Es mangelt an Wohnungen in Berlin. Und zwar nicht an Luxuswohnungen, die ja auch weiter gebaut werden, sondern an Wohnungen für Menschen mit mittleren, durchschnittlichen oder geringen Einkommen.

Und das sind viele, von der Busfahrerin über den Kranken- oder Altenpfleger bis hin zu Azubis oder Studierenden. Menschen also, die Berlin dringend braucht, um jetzt und künftig funktionieren zu können.
Dabei ist es nicht so, dass nichts getan würde: Die landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften jedenfalls melden ein fertiggestelltes Neubauprojekt nach dem anderen, mangelnden Einsatz kann man ihnen beim besten Willen nicht vorwerfen. Und dennoch ist es fast unmöglich, eine bezahlbare Wohnung zu finden, jedenfalls innerhalb des S-Bahn-Rings – in den Randbezirken hat man noch bessere Chancen, weshalb viele, vor allem junge Familien, zwangsläufig dorthin ausweichen. Die Gründe für das Wohnungsproblem sind vielfältig, erklären sich aber zu einem großen Teil aus den Neuvermietungspreisen. Und die sind in den letzten 15 Jahren geradezu explodiert: Lagen sie im Jahr 2010 noch zwischen 5,00 und 7,00 €/m², stiegen sie bis 2026 auf ca. 13,05 €/m² bis über 18,00 €/m² an, wobei in zentralen Lagen wie Friedrichshain-Kreuzberg im Schnitt Werte von 16,00 bis über 21,00 €/m² verlangt werden (Quelle: Engel & Völkers). Natürlich mit Ausnahme der städtischen Wohnungsbaugesellschaften, deren Wohnungen deshalb besonders gefragt sind.
Wenn die Bestandsmieten und die Neuvermietungspreise aber so weit auseinanderklaffen, ist vor allem eines die Folge: Wer noch zu relativ günstigen Preisen in einer Wohnung lebt, die er vor 2000 oder 2010 gemietet hat, wird – unabhängig von ebenfalls steigenden Bestandsmieten – derzeit nicht ausziehen, weil jede andere neu angemietete Wohnung teurer wäre. Eine natürliche Fluktuation ist damit blockiert. (Zynische Kommentatoren meinen zwar, das Problem würde gelöst, indem man einfach die Bestandsmieten auf das Niveau der Neuvermietungspreise anhebt, aber dann hätte die Stadt sehr schnell keine Busfahrerinnen, Krankenpfleger und Azubis mehr, dafür mehr Obdachlose als je zuvor.) Doch auch bei den städtischen Unternehmen steigen die Preise, vor allem im Neubau – denn der ist spätestens seit 2022 sehr teuer geworden. Gründe dafür sind das Ende der Null-Zins-Phase und eine enorme Teuerung bei Baustoffen und Energie, weshalb die Bautätigkeit insgesamt stark zurückging.
Hinzu kommen zwei weitere Probleme: Zum einen fallen nicht nur in Berlin, sondern bundesweit Jahr für Jahr Tausende Sozialwohnungen aus der Mietpreisbindung, während die Förderprogramme für den Sozialen Wohnungsbau seit 2000 zurückgefahren wurden. Zum anderen sah sich in Berlin die rotrote Landesregierung nach der Berliner Bankenkrise (die durch die vorhergehende CDU-SPD-Koalition verursacht wurde) gezwungen, erhebliche Teile des landeseigenen Wohnungsbestandes zu verkaufen: Wohnungen, die von Privaten inzwischen teuer vermietet werden und die der Stadt bis heute bitter fehlen. Hinzu kamen katastrophale Fehleinschätzungen und -entscheidungen der damaligen SPD-Bausenatorin Junge-Reyer, etwa die jahrelange Leugnung der beginnenden Wohnungsknappheit oder der Abriss kommunaler Plattenbauten im Ostteil der Stadt.
Eine Strategie ist nun, neben dem Neubau durch die städtischen Wohnungsunternehmen auch bei privaten Bauprojekten einen Anteil von mietpreisgebundenen Wohnungen zu verlangen. Das geht am besten in Sanierungsgebieten, wo soziale Sanierungsziele festgelegt werden können, die dann Teil des notwendigen sanierungsrechtlichen Genehmigungsverfahrens sind. So geschieht es auch im Sanierungsgebiet Südliche Friedrichstadt, für den von Privaten geplanten Neubau auf dem Areal der »Parkpalette«. Doch sobald das Sanierungsgebiet aufgehoben wird (und das geschieht im kommenden Frühjahr), entfällt dieses Steuerungsinstrument. Dann gelten im Baurecht nur noch die üblichen Genehmigungsgrundlagen, die den Investoren viel Spielraum lassen.
Rund um den Mehringplatz wohnen aber bereits viele Menschen auf vergleichsweise wenig Raum – und viele von ihnen leben, weil sie nicht über hohe Einkommen verfügen, in beengten Verhältnissen. Besonders Familien mit mehreren Kindern müssen mit wenig Wohnraum zurechtkommen. Umso wichtiger wird dann der öffentliche Raum, ebenso wie öffentliche Einrichtungen, wo vor allem Kinder und Jugendliche, aber auch Erwachsene Alternativen zur häuslichen Enge finden können. Verkleinert sich dieser öffentliche Raum durch zusätzliche Neubauten, die noch nicht einmal bezahlbaren Wohnraum für jene böte, die hier leben (junge Erwachsene beispielsweise, die noch immer bei den Eltern leben müssen und gern eine eigene Wohnung hätten), entsteht neues Konfliktpotenzial.
Solche Probleme sind nicht berlinspezifisch, sondern bundes- und weltweit (siehe S. 12). Antworten darauf zu finden, ist nicht einfach. Wenn seit Jahrzehnten der soziale Wohnungsbau sträflich vernachlässigt wurde, lässt sich das nicht binnen weniger Jahre beheben. Es kann aber auch keine Lösung sein, die Stadt zuzubetonieren. Hier braucht es kluge Gesamtkonzepte mit vielen Maßnahmen, die dazu passenden rechtlichen Voraussetzungen, die oft nur auf Bundesebene durchgesetzt werden können – und einen langen Atem. *us*

»Wohnen für Hilfe« und »Generationen-WG Berlin«

Der Verein Sonay e.V. betreibt Modellprojekte zur Untervermietung von Wohnraum

Viele ältere Menschen in Berlin leben, wenn ihre Kinder ausgezogen sind, in relativ großen Wohnungen und hätten eigentlich den Platz, dort noch jemanden aufzunehmen. Es gibt also durchaus Potenziale, die Wohnungsnot insbesondere junger Menschen zumindest etwas verringern. Um das genauer auszuloten, betreibt seit gut zwei Jahren der Verein Sonay Soziales Leben e.V. das Modellprojekt »Generationen-WG Berlin« und seit diesem Sommer auch zusätzlich »Wohnen für Hilfe«.

Im ersten Projekt werden junge mit älteren Menschen zusammengebracht, die ihnen gegen Bezahlung Zimmer vermieten. Im zweiten Projekt verpflichten sich Untermieter anstelle von Geldzahlungen zu konkreten Unterstützungsleistungen für die älteren Wohnungsgeber. Sie arbeiten die Untermiete also in einem gewissen Sinne ab, wobei Sonay darauf achtet, dass dadurch keine regulären Arbeitsverhältnisse etwa von Pflegekräften ersetzt werden. Im Berliner Projekt gibt es dabei keine Altersbeschränkungen, ähnliche Projekte in anderen deutschen Städten richten sich jedoch vorwiegend an Studierende.
Obwohl »Wohnen für Hilfe« von der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen ausgeschrieben wurde und gefördert ist, bewegt sich der rechtliche Rahmen noch in einer gewissen Grauzone. Es gibt zwar ausgefeilte Regelwerke für vergleichbare Konstellationen, etwa für Au-Pair. Im Detail gibt es aber auch Unterschiede, die geklärt werden müssten. Die Erfahrungen, die Sonay jetzt in der Bundeshauptstadt sammelt, könnten also künftig in ein neues Regelwerk einfließen.

Vergleichbare Probleme gibt es bei »Generationen-WG« nicht. Denn zu normalen Untermietverhältnissen für angemessene Mietzahlungen gibt es eine umfangreiche Rechtsprechung, auch steuerlich ist das Meiste geregelt. Dennoch ist es sinnvoll, dass ein sozialer Träger sich die Mühe macht, die Prozesse und Details eines solchen Untermietverhältnisses gründlich zu begleiten.
Denn das Interesse ist groß in der Stadt: Für die Wirtschaft, die Verwaltung und soziale Einrichtungen wie Krankenhäuser ist der Berliner Wohnungsmangel zu einem Riesenproblem geworden. Um die vielen, dringend benötigten Fachkräfte ausbilden zu können, sind sie auf Zuwanderung aus dem In- und Ausland angewiesen – und diese jungen Leute müssen ja irgendwo wohnen. Die Wohnungsbaugesellschaften Gesobau und Gewobag sowie das landeseigene Unternehmen Berlinovo bieten zwar zusammen schon etwa 1250 spezielle Azubiwohnungen an. Das reicht aber hinten und vorn nicht: Allein der Krankenhausbetreiber Vivantes hat etwa 1300 Ausbildungsplätze.
In dem vorerst auf drei Jahre angelegten Pilotprojekt, das u.a. von der Deutschen Fernsehlotterie gefördert wird, betreuen drei Sozialarbeiterinnen die »Tandems« aus älteren Anbietern und den jungen Mitbewohnern. Sie führen mit beiden ausführliche Gespräche und machen auch Hausbesuche vor Ort. Sie sind vorbereitet, falls einmal Konflikte auftreten sollten: Dann werden professionelle Mediatoren eingeschaltet. »Von dieser Möglichkeit haben wir bislang aber noch nie Gebrauch machen müssen«, erzählt Projektbetreuerin Katrin Kalinkus. »Nur etwa jeder zwanzigste Untermietvertrag wurde vorzeitig gekündigt.« Das ist bei jungen Menschen der »mobilen Generation«, in der sich die persönlichen Lebensverhältnisse noch relativ schnell ändern, aber auch eigentlich zu erwarten und kein Grund zur Sorge.
Die Untermietenden müssen nach den Projektbedingungen zwischen 18 und 27 Jahre alt sein, die Wohnungsgebenden älter als 60 Jahre. Die Untermietverträge sind zunächst auf ein Jahr befristet, werden aber meist problemlos verlängert. Auch der Hauptvermieter der Wohnung muss jeweils zustimmen, allerdings könnte man im Zweifel die Zustimmung auch einklagen.
Anfragen, bei denen ausdrücklich nur deutsche Untermietende gesucht sind, werden jedoch vom Projekt nicht berücksichtigt. Dennoch wird natürlich Rücksicht z.B. auf Sprachkenntnisse genommen, schließlich müssen sich die Beteiligten verständigen können. »Viele der Vermietenden sind zudem ältere Frauen, die sich ihr Bad nicht unbedingt mit einem Mann teilen wollen«, berichtet Katrin Kalinkus. »Auch das berücksichtigen wir. Für junge Männer ist es in Berlin generell schwerer, einen Untermietvertrag abzuschließen. Das können wir leider nicht ändern.« *cs*



Sonay Soziales Leben e.V.:
»WOHNEN FÜR HILFE BERLIN«
sonaysozialesleben.de, Tel.: 0170-4093 316



Entsiegelungsmaßnahmen auch in der Enckestraße

Im vergangenen Jahr wurden im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg 4130 Quadratmeter Boden entsiegelt. Auch in diesem Jahr wird dieser Kurs an mehreren Orten des Bezirks fortgeführt. Versiegelte Flächen heizen sich an heißen Tagen besonders stark auf, wie auch in diesem Jahr wieder deutlich spürbar war, und lassen keine Regenwasserversickerung zu. Will Berlin tatsächlich zur »Schwammstadt« werden, die das Regenwasser maximal nutzt, müssen aber stadtweit noch weitaus mehr Flächen entsiegelt werden. Deshalb rücken vor allem größere zusammenhängende Flächen in den Fokus der Planungen.
Das umfangreichste Vorhaben betrifft die Bödikerstraße im Friedrichshain. Dort wandelt der Bezirk rund 1.000 Quadratmeter ehemaliger Fahrbahnfläche um, sodass Regenwasser künftig wieder direkt im Boden versickern kann. Aber auch beim geplanten Umbau der Enckestraße sollen etwa 630 Quadratmeter entsiegelt werden. us

Geplanter neuer Jugendort lässt auf sich warten

Vor zwei Jahren, als sich Probleme rund um den Mehringplatz zuspitzten und vor allem Gewerbetreibende, aber auch Anwohnerinnen und Anwohner Alarm schlugen, lud das Bezirksamt zu einem »Kiezgespräch«, einer Art Krisengipfel ein, um Lösungen für unterschiedliche Probleme zu finden.
Unter anderem ging es auch darum, dass ein Treffpunkt für Jugendliche und junge Erwachsene notwendig sei – eine Möglichkeit, um sich ohne Konsumzwang zu treffen und Zeit miteinander zu verbringen. Damals entstand die Idee, auf dem unbebauten Grundstück Franz-Klühs-Straße / Lindenstraße so einen Ort zu schaffen.
Der Bezirk sagte damals zu, das zu prüfen und umzusetzen. Doch seitdem ist nichts passiert.
Nun, zwei Jahre später, teilte auf Nachfrage der Gebietsvertretung die »Sozialraumorientierte Planungskoordination« des Bezirks mit, dass »die bisher verfolgte Idee zum aktuellen Zeitpunkt nicht in der angedachten Form umgesetzt werden« könne. »Zur weiteren Entwicklung des Standortes und diesbezüglichen Abstimmungen können derzeit noch keine Aussagen getroffen werden.«
Ob und wann das Vorhaben überhaupt realisiert wird, hängt auch vom künftigen Bezirksamt ab, das noch nicht gewählt ist. us

Kein Personal, kein Geld

Das Straßen- und Grünflächenamt hat derzeit zu wenig Kapazitäten, um den Mehringplatz zu verbessern

In unserer letzten Ausgabe berichteten wir über die mangelnde Pflege auf dem Mehringplatz. Die Gebietsvertretung benannte als gravierende Probleme vor allem die immer breiter werdenden Trampelpfade, den Zustand der Rasenfläche und der Hochbeete rund um den Platz sowie den Rattenbefall.

Dazu hatte die Gebietsvertretung auch einen entsprechenden Beschluss gefasst, der die aus ihrer Sicht notwendigen Maßnahmen auflistete. Dieser Beschluss wurde auch an das bezirkliche Straßen- und Grünflächenamt (SGA), das für das Rondell auf dem Platz zuständig sind (die umliegenden Hochbeete liegen in der Zuständigkeit der Gewobag). Nun gibt es eine Antwort des SGA. Es teilte mit, dass es sich wegen mangelnder personeller Kapazitäten und finanzieller Ressourcen nicht in der Lage sehe, sich mit der Verbesserung der Durchwegung des Mehringplatzes zu beschäftigen. Der Trampelpfad werde seitens des Amtes nicht als Gefahrenstelle gesehen, die zwingend behoben werden muss. Ein Umbau stehe damit in Konkurrenz mit anderen geplanten Maßnahmen des Fachbereiches Straßen.

Die Antwort des SGA war Ende September auch Thema beim Sanierungsbeirat. Die Gebietsvertretung erklärte sich dabei mit den Antworten des Bezirksamts auf den GV-Beschluss nicht einverstanden. Wenn die in den Grünanlagen bestehenden Probleme im Gebiet weiterhin nicht angegangen würden, verschlimmere sich dieser Zustand weiter. Die Verwahrlosung des öffentlichen Raums trage nicht dazu bei, das Vertrauen der Anwohnenden und Engagierten im Gebiet in die Verwaltung zu fördern. Die Gebietsvertretung bittet deshalb den Bezirk darum, dass das SGA dem Thema eine höhere Priorität einräumt. Zudem wünscht sie sich eine direkte Diskussion mit Vertreterinnen bzw. Vertretern des Bezirksamts, die auch befugt sind, Entscheidungen über durchzuführende Maßnahmen zu treffen.

Immerhin: Im Spätsommer ist zumindest einmal ein Rasenmäher über das Rondell gerollt, auf dem der Wildwuchs schon beachtliche Höhen erreicht hatte. Und die Gewobag teilte mit, dass sie mit der Rattenbekämpfung in den Hochbeeten begonnen habe. *us*

B-Plan für Dragonerareal / Rathausblock beschlossen

Die Bezirksverordnetenversammlung Friedrichshain-Kreuzberg hat im September den Bebauungsplan 2-48 für das Dragonerareal / Rathausblock Kreuzberg beschlossen. Damit sind die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die bauliche Entwicklung des Areals und den Neubau von rund 470 Wohnungen zwischen Rathaus Kreuzberg, Mehringdamm und Obentrautstraße geschaffen.

Dem Beschluss ging ein mehrjähriges Verfahren voraus, das unterschiedliche Anforderungen und Interessen zusammenführen musste. Ziel ist eine Nutzungsmischung: Neben rund 470 neuen Wohnungen (davon mindestens 30 Prozent mietpreis- und belegungsgebunden) soll der B-Plan den Verbleib bestehender Gewerbebetriebe sichern. Außerdem sollen bis zu 20 Prozent der Flächen für soziale, kulturelle und nicht störende gewerbliche Einrichtungen genutzt werden. Eine historische Reithalle wird künftig für kulturelle Angebote und die Jugendfreizeit umgenutzt. Auch der Nachbarschaftstreff Kiezraum in einem ehemaligen Stallgebäude kann nun seinen Betrieb fortsetzen. Der Bebauungsplan ermöglicht vor allem die Öffnung des Areals, das nur eingeschränkt öffentlich zugänglich war: Neue Fuß- und Radwege sollen das Quartier mit der Yorckstraße, dem Mehringdamm und der Umgebung verbinden. Drei Quartiersplätze, eine Grünfläche mit neuen Spielplätzen und frei zugängliche private Freiflächen sollen neue Aufenthalts- und Freiräume für die Nachbarschaft öffnen. Auch Anforderungen an Klimaanpassung und Begrünung werden im Bebauungsplan verankert.
Noch in diesem Jahr will die WBM Wohnungsbaugesellschaft Berlin-Mitte mbH die Bauanträge für die ersten fünf Wohngebäude auf dem Baufeld Süd einreichen. Der Baubeginn für die ersten beiden Gebäude ist für Ende 2027 vorgesehen, drei weitere Gebäude folgen einige Monate später.
Für das Baufeld West ist der Neubau von rund 90 Wohnungen durch gemeinwohlorientierte Dritte, etwa Genossenschaften oder Stiftungen, vorgesehen. Dazu erfolgt noch 2026 eine öffentliche Bekanntmachung.
Parallel werden u.a. die Planungen in der Alten Reithalle mit einer Jugendfreizeiteinrichtung und Räumen für Weiterbildung, Kunst und Kultur vorbereitet. Mit einem Baubeginn ist 2029 zu rechnen.

Weitere Informationen zum Modellprojekt Rathausblock: https://www.berlin.de/rathausblock-fk/ *us*

»Räume für Beteiligung«

Die Räume für Beteiligung sind eine Anlaufstelle für Bürgerinnen und Bürger, die Fragen zur Stadtentwicklung in Friedrichshain-Kreuzberg haben und sich aktiv in die Quartiersentwicklung einbringen wollen. Sie informiert über Beteiligungsmöglichkeiten und unterstützt bei der Suche nach Infos und Ansprechpersonen, begleitet Beteiligungsprozesse und vermittelt zwischen Verwaltung, Politik und Stadtgesellschaft. Damit soll Mitsprache besser ermöglicht und unterstützt werden.

Alle Informationen finden Sie auch unter: https://xhain-beteiligt.de/
Dort kann man sich beispielsweise auch die Begleitbroschüre zur Ausstellung »BAUSTELLE GEMEINWOHL – Kooperative Stadtentwicklung im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg, 2016–2026« als PDF herunterladen.
Die Ausstellung war im Sommer im Rathaus Kreuzberg zu sehen und zieht nun in die neue »StadtWERKSTATT-FK« auf dem Rathausblock/Dragonerareal um (vorläufig im Haus 14b hinter der Adlerhalle).



Blücherplatz heißt jetzt offiziell Eva-Mamlok-Platz

Am 16. Oktober wurde der Blücherplatz feierlich in Eva-Mamlok-Platz umbenannt und ein Gedenkzeichen enthüllt. Die Umbenennung war im Juni 2025 von der Bezirksverordnetenversammlung Friedrichshain-Kreuzberg beschlossen worden, nachdem eine Bürgerinitiative sich dafür eingesetzt hatte.
Eva Mamlok (1918–1944) war eine jüdische Kreuzbergerin, geboren 1918. Schon als Jugendliche protestierte sie gegen Hitler und Faschismus, als sie Anfang der 1930er Jahre auf das Dach des damaligen Tietz-Kaufhauses am Halleschen Tor stieg und dort weithin sichtbar »Nieder mit Hitler!« schrieb. Später ging sie in den illegalen Widerstand und baute ein Netzwerk jüdischer Frauen auf. Nach Zwangsarbeit, Deportation und mehreren KZs starb sie mit nur 26 Jahren im KZ Stutthof.
»Das Andenken an Eva Mamlok ist Mahnung: Jüdisches Leben gehört zu unserem Bezirk. Gleichzeitig ist es ein Auftrag für die Gegenwart, konsequent gegen Antisemitismus einzutreten«, so Bezirksbürgermeisterin Clara Herrmann bei der Einweihung. Gebhard Leberecht von Blücher (1742–1819), nach dem der Platz bislang benannt war, war ein preußischer Generalfeldmarschall, der in den Befreiungskriegen gegen Napoleon kämpfte.
Von der Umbenennung sind nach Angaben des Bezirksamtes neben der Amerika-Gedenkbibliothek (AGB), die zur Zentral- und Landesbibliothek Berlin (ZLB) gehört, ein Einrichtungsgeschäft und 31 Haushalte betroffen. Sie müssen ihre Adresse in ihren Dokumenten in den kommenden Wochen gebührenfrei im Bürgeramt ändern lassen. *us*

Voller Erfolg: BSR-Kieztag und Müllaktion



Am 21. Oktober gab es wieder einen BSR-Kieztag am Mehringplatz, und viele haben das Angebot, ihren Sperrmüll kostenlos vor Ort direkt zu entsorgen, gern genutzt: Gebracht wurden ausgediente Sofas, Bretter, Elektroschrott, kleine Tische und Regalschränke und vieles mehr. Die BSR-Kieztage sind ein wichtiger Beitrag, um die (Sperr-)Müllmassen in der Stadt zu verringern und zugleich die Lebensdauer von Dingen zu verlängern. Denn mit den BSR-Kieztagen ist zugleich auch ein Tausch- und Verschenkmarkt verbunden. Dinge, die man selbst zwar nicht mehr braucht, aber die zu gut sind, um sie wegzuwerfen, finden dort ein zweites Leben bei einem neuen Besitzer, auch das ganz kostenlos und zur Freude aller: die einen konnten ihren Haushalt von nicht mehr Benötigtem befreien, die anderen gratis etwas für ihren Haushalt mitnehmen.
Es geht aber immer noch besser: Am selben Tag zwischen 15–17 Uhr luden die städtischen Wohnungsbaugesellschaften HOWOGE und Gewobag, das Quartiersmanagement Mehringplatz und das Unionhilfswerk die Nachbarschaft zum gemeinsamen Kiezputz ein, um die Rasenfläche und angrenzenden Bereiche von Unrat zu befreien.
Das Prinzip ist so simpel wie in jedem Haushalt (und ein Kiez ist ja nichts anderes al ein gemeinsamer Wohnraum): Gemeinsam putzen macht mehr Spaß und geht viel schneller – und danach fühlt man sich gemeinsam gut.

Wintermuckel am Mehringplatz

Auch in diesem Jahr wird am Mehringplatz wieder gemuckelt: Der beliebte Wintermuckel mit allem, was eben dazugehört, fällt in diesem Jahr auf den 25. November. Von 16 bis 19 Uhr ist die gesamte Nachbarschaft eingeladen, zwischen dem U-Bahn-Ausgang am Anfang der Friedrichstraße und der Kiezstube (Mehringplatz 7). Dann stellt wieder die Feuerwehr den Weihnachtsbaum zwischen Mehringplatz und Friedrichstraße auf und schmückt ihn – so ist es Tradition. Außerdem wird es Punsch ohne Alkohol geben und andere Leckereien. Und natürlich warten die Beteiligten vom QM über viele lokale Akteure bis hin zu den Union-Hilfswerkern vom F1 wieder mit vielen Überraschungen, Mitmach-Angeboten und Aktionen auf!
Das Schönste am Wintermuckel ist aber, mit einem Glas heißen Punsch oder einer Schale heißer Suppe in der Hand mit anderen ins Gespräch zu kommen und sich allmählich mit dem letzten Monat des Jahres anzufreunden: Offizieller Winteranfang ist der 21. Dezember. Und spätestens seit diesem Jahr wissen Berliner, dass in dieser Jahreszeit ein sechswöchiger Eistanz auf spiegelglatten Wegen keine freiwillige Sportart und ein mehrtägiger Stromausfall in Eiseskälte sehr ungemütlich ist. Deshalb: Hoch lebe der Wintermuckel mit Wärme, Licht und netter Nachbarschaft!

Wohnen im Alter?

Passt zum Thema dieses Heftes: Am 15.11. bietet die ZLB auf dem Eva-Mamlok-Platz (früher Blücherplatz) die Veranstaltung »Wohnungskrise im Alter« an.
Derzeit benötigen bundesweit rund 2,8 Millionen Seniorenhaushalte eine altersgerechte Wohnung. Ein Umzug in seniorengerechte Wohnungen ist aber kaum möglich. Zudem verbleiben manche in einer größeren Wohnung, weil die Neuanmietung einer kleineren Wohnung teurer ist. Alleinlebende Seniorinnen und Senioren in Berlin geben im Durchschnitt 34 Prozent ihrer Rente für die Bruttokaltmiete aus – viele (vor allem Frauen) aber auch prozentual weitaus mehr, weil ihre Renten geringer ausfallen.
Informiert wird über die aktuelle Situation auf dem Wohnungsmarkt und Möglichkeiten für das Wohnen im Alter. Veranstalter sind der Verein Teilhabe e.V. und die Herausgebenden des Buches »KlassenLos. Sozialer Widerstand von Hartz IV bis zu den Teuerungsprotesten«.

Schach am Mehringplatz

Wer hat Lust auf Schach? Gemeinsam mit anderen kann man das Spiel immer am zweiten Samstag des Monats üben, spielen oder einfach erstmal ausprobieren: Das Angebot richtet sich an alle Niveaus und Altersgruppen von 5–95 Jahren. Alle sind willkommen und eingeladen, einfach vorbeizukommen.
Der Eintritt ist frei. Wunderschöne Spiele sind vorhanden. Insta: schach_mehringplatz, Mail: jungsbe@gmx.de.
Die nächste Termine sind am Samstag, 28.11. und 26.12., jeweils 15–18 Uhr, in und vor der Kiezstube, Mehringplatz 7, 10969 Berlin

Dunkle Jahreszeit: Lesezeit

Herbst und Winter sind wie geschaffen fürs Bücherlesen: Draußen wird es früh dunkel und kalt, und kaum etwas ist dann schöner, als sich mit einem Buch bei einem Tee zurückziehen zu können. Die AGB (Amerika-Gedenkbibliothek) bzw. ZLB hat es trotz aller Mittelkürzungsmaßnahmen des Noch-Senats geschafft, trotzdem weiterhin sonntags ihre Türen von 11–17 Uhr zu öffnen und zudem auch noch zahlreiche Veranstaltungen an den Sonntagen anzubieten. Also nix wie hin, gute Veranstaltungen aussuchen, außerdem Bücher ausleihen – und dann in Ruhe zu Hause schmökern!
Das Veranstaltungsangebot bis Ende Dezember findet man unter https://www.zlb.de/soagb/



Bei uns ist es meist voll am Tisch

**Hallo, hier ist wieder Euer Eddi. Bei uns zuhause müssen wir Kinder uns jetzt ein Zimmer teilen. Meine kleine Schwester und mein großer Bruder schlafen seit einiger Zeit bei mir.
Das ist eigentlich ganz ok, denn ich schlafe nicht gerne allein. Nur nachmittags wird es oft eng, denn Hausaufgaben können wir nicht alle gleichzeitig wim Zimmer machen und mein Bruder will immer Computer spielen.**

In seinem alten Zimmer wohnt jetzt meine Cousine Sylvie. Die ist aus Afrika nach Berlin gekommen, weil sie hier einen Job als Krankenschwester gefunden hat und sie deshalb nach Deutschland einreisen durfte. Besser gesagt, hat sie einen Ausbildungsplatz als Krankenschwester bekommen.
Sie hat zwar schon in Afrika auf einer Krankenstation gearbeitet, aber muss aber jetzt noch einmal auf die Pflegeschule, weil ihre Ausbildung hier nicht anerkannt wird. Bevor sie gekommen ist, haben wir oft miteinander gezoomt, weil Sylvie Deutsch gelernt hat und mit mir üben wollte.
Jetzt ist sie hier, findet aber keine Wohnung, die sie von dem Geld ihrer Ausbildung bezahlen könnte. Wir haben schon überall nachgefragt, ob nicht jemand ein Zimmer für Sylvie frei hat. Aber bei unseren Verwandten und Freunden in Berlin ist es überall ähnlich. Kaum einer kann ausziehen, selbst wenn er oder sie schon richtige Arbeit hat. Nur mit viel Glück bekommt man in Berlin manchmal ein Zimmer in Untermiete. Aber selbst das ist oft superteuer und man muss nach wenigen Monaten schon wieder raus.
Meine Cousine hat auch schon einen festen Freund, mit dem sie eigentlich gerne zusammenziehen würde. Auch er arbeitet im Krankenhaus als Rettungssanitäter. Das heißt, er braust immer mit Blaulicht im Krankenauto durch die Stadt und rettet Leuten das Leben. Sowas will ich später auch mal machen! Er verdient zwar schon Geld, trotzdem reicht es nur für eine winzige Wohnung, in die außer einem Bett und einem winzigen Schreibtisch sonst eigentlich nichts mehr hineinpasst. Wenn Sylvie bei ihm ist, müssen sie beim Essen immer auf dem Bett sitzen, hat sie erzählt, weil nur ein Stuhl an den kleinen Tisch passt.
Sie suchen jetzt zwar zusammen eine Wohnung, aber bis sie was finden, wird es wohl noch ganz schön lange dauern.
Wenn Sylvies Freund bei uns zu Besuch ist und wir zu Abend essen, ist es immer total voll am Esstisch. Aber wenigstens können wir hier alle zusammensitzen und unsere Teller auf den Tisch stellen! *Euer Eddi*

Sonntags in die AGB

In der Amerika-Gedenkbibliothek ist sonntags auch immer Kinderprogramm. Mal findet ein Zeichenkurs statt, mal eine Druckwerkstatt. Es gibt Spielnachmittage und ab und an sogar einen Kung-Fu-Kurs für Kinder! Das aktuelle Programm findet man im Netz unter www.zlb.de/soagb/.
Die Veranstaltungen sind im Allgemeinen kostenlos, aber nur für eine begrenzte Zahl von Teilnehmenden offen. Deshalb sollte man sich rechtzeitig vorher online anmelden.

Indoor-Spielplatz im Gropius-Bau

Mit dem BAUBAU hat die Künstlerin Kerstin Brätsch im Erdgeschoss des Gropius-Baus einen kostenlosen Spielort für Kinder gestaltet. Der Indoor-Spielplatz hat außer dienstags täglich geöffnet und zwar immer in bestimmten Slots: wochentags 12–13:30 Uhr, 14–16 Uhr sowie 16:30–18 Uhr, am Wochenende 10–12 Uhr, 12:30–15 Uhr sowie 15:30–18 Uhr. Es wird dringend empfohlen, sich vorab ein Ticket zu buchen. Diese werden immer montags um 12 Uhr für die gesamte folgende Woche freigegeben. Die Kinder werden nicht beaufsichtigt und müssen von Erziehungsberechtigten begleitet sein!
Der Eingang des BAUBAU befindet sich im Lichthof des Gropiusbaus in der Niederkirchnerstraße 7. Dort ist auch die BAUBAU-Garderobe, wo man Kinderwagen abstellen und Jacken ablegen kann.
www.berlinerfestspiele.de/gropius-bau

Kindergeburtstag im Technik-Museum

Im Deutschen Technik-Museum kann man auch Kindergeburtstage feiern. Allerdings ist der Spaß nicht ganz billig und kostet für eine Gruppe von bis zu 10 Personen 280 Euro. Man muss mindestens vier Wochen vor der Veranstaltung buchen und sollte beim Museumdienst Berlin vorher anfragen. Geburtstagsveranstaltungen werden samstags und sonntags jeweils vor- und nachmittags angeboten. Derzeit stehen im Programm »Junior Campus« des Museums folgende Angebote zur Verfügung: »Abgefahren. Wie sehen Autos in Zukunft aus?«, »Geburtstag mathemachen: Symmetrie und Spiegelung«, »Geburtstagsfahrt« (Wir baue n eine Seifenkiste).

Wie lange nehmen wir die Wohnungsmisere noch hin?



Die Bilder gingen um die Welt: Die 87-jährige Maricarmen Abascal wird in Madrid im Zuge einer Zwangsräumung auf einer Trage aus ihrer Wohnung geholt, in der sie über 70 Jahre lang gelebt hatte. Ein Investor hatte zuvor den Mietpreis der Wohnung um 275 Prozent auf 2.650 Euro erhöht. Die Empörung trieb die Menschen in ganz Spanien massenhaft auf die Straße: Die Wohnungsnot und die explodierenden Mieten sind auch dort, wie in vielen (Groß)Städten der Welt, zu für die Bewohnerschaft zum Problem Nr. 1 geworden. Die Proteste waren in Spanien so massiv, dass die Regierung eiligst reagierte – allerdings vergeblich, nun stehen Neuwahlen an.

Auch in Berlin gab es vergleichbare Fälle: Etwa den des Manfred »Manne« Moslehner, der mit über 80 Jahren eine Modernisierung in dem Tegeler Haus, in dem er geboren wurde, erdulden sollte, bei einer Mietsteigerung, die er nicht bezahlen konnte. Gegen eine Räumungsklage musste er sich gerichtlich zur Wehr setzen. Seine Mietbewohnerinnen und -bewohner der Siedlung waren äußerst solidarisch – aber anders als in Madrid blieben stadtweite Proteste aus.

Ich wundere mich schon seit Jahren, warum Berlinerinnen und Berliner nicht längst massenweise auf die Straße gehen. Denn die Zustände sind auch hier eigentlich längst untragbar. Klar: alle Jahre wieder gibt es eine große Mietendemo – aber dann ist wieder Ruhe. Vielleicht liegt diese seltsame Stille daran, dass noch relativ viele Menschen in Beständen der kommunalen Wohnungsbaugesellschaften leben oder Altmietverträge haben, die dank einer gesetzlichen Regelung nur relativ langsam steigen dürfen (um 15% alle drei Jahre).

Und dennoch: Der leergefegte Wohnungsmarkt und die teils exorbitanten Preise bei Neuvermietungen machen nicht nur für Zuzügler – etwa Studierende – die Wohnungssuche zur Hölle, sondern auch jenen, die schon länger hier wohnen, das Leben schwer.
Es ist ein Problem, das auch auf geradezu obszöne Weise in das private Leben eingreift: Paare, die sich trennen, sind gezwungen, weiter zusammen zu leben. Junge Erwachsene können nicht in den eigenen vier Wänden in ein selbständiges Leben starten, sondern müssen weiter bei den Eltern wohnen. Junge Familien überlegen, ob sie eigentlich überhaupt Platz für ein zweites oder drittes Kind haben – und verzichten im Zweifelsfall, weil es keine größeren bezahlbaren Wohnungen gibt. Viele Familien leben, auch rund um den Mehringplatz, zwangsweise ohnehin schon auf engstem Raum zusammen, weil sie sich eine größere Wohnung nicht leisten könnten – und auch keine finden würden. Menschen, deren Wohnungen in Eigentumswohnungen umgewandelt wurden, müssen zittern, nach der Frist von 10 Jahren eine Eigenbedarfskündigung im Briefkasten zu finden. Ältere würden oft gern in eine kleinere Wohnung umziehen, was aber nicht geht, weil die, die eventuell zu kriegen wären, doppelt so teuer wären wie die doppelt große Wohnung, die sie jetzt bewohnen. Und viele von ihnen möchten ja auch ihren Kiez nicht verlassen, schon wegen der Netzwerke, die dort über die Jahre gewachsen sind.
Zum anderen hat die Wohnungskrise auch volkswirtschaftliche Auswirkungen: So haben expandierende Unternehmen derzeit große Probleme, qualifiziertes Personal und Auszubildende anzuwerben, wenn die keine Wohnungen finden. Das betrifft aber auch Bereiche wie Handwerk, Kliniken, Pflege oder den öffentlichen Nahverkehr – also alles, was zum Aufrechterhalten einer städtischen Infrastruktur dazugehört.

Kein Wunder also, dass das Wohnungsproblem zum Wahlkampfthema Nr. 1 in Berlin wurde. Es zu lösen, wird aber nicht einfach sein: Denn das Problem beginnt schon, wenn natürliche Ressourcen wie Grund und Boden zu Privateigentum und damit Handelsware werden. Grund und Boden aber sind begrenzte Ressourcen: Die Fläche, auf der wir leben, kann man eben nicht verdoppeln und sie wächst auch nicht nach. Werden solche elementaren Ressourcen zum Spekulations- und Börsenobjekt, sind die Folgen absehbar. Dann wird das Dach über dem Kopf, das eigentlich ein Grundrecht sein sollte, zum Spekulations- und lukrativen Anlageobjekt, von dem die Anleger vor allem Rendite erwarten.
Solche Probleme lassen sich nicht lokal lösen. Dennoch kann man durchaus lokal entgegensteuern: man denke nur an die Siedlungen des Sozialen Wohnungsbaus der Weimarer Republik, der massiv gefördert wurde. Voraussetzung ist natürlich, dass die Kommune die landeseigenen Grundstücke nicht verkauft (wie Anfang des neuen Jahrtausends in Berlin wegen einer Haushaltsnotlage). Als beispielhaft gilt in dieser Hinsicht Wien: Ca. die Hälfte des Wohnungsbestandes ist dort in kommunaler Hand.
Dennoch: Berlin wird auch mit den klügsten Konzepten noch Jahre brauchen, um den landeseigenen Bestand an bezahlbaren Wohnungen wieder aufzustocken. Und die Stärkung von Mieterrechten sowie Mietpreisregulierungen können nur auf Bundesebene durchgesetzt werden. *us*